Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Kreistagsfraktion 12. November 2021 Susanne Widmaier

Sehr geehrter Herr Landrat Wolff,

sehr geehrte Damen und Herren der Landkreisverwaltung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags, werte Vertreter der Medien, meine Damen und Herren Zuhörer.

„Nichts in der Geschichte des Lebens ist beständiger als der Wandel“ sagte bereits der britische Naturforscher Charles Darwin.
Wie recht er hatte zeigt sich gerade auch in dieser Zeit, in diesem Jahr 2021 das beinahe schon wieder der Vergangenheit angehört.

- Die Landtagswahl im März verändert die Zusammensetzung des Landtags und der Landesregierung
- Die Bundestagswahl im Oktober wird noch deutliche Veränderungen mit sich bringen, die Koalitionsverhandlungen werden hinter verschlossenen Türen geführt, Olaf Scholz wird der nächste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland werden, die Politik wird gemeinsam mit den Grünen und der FDP sozialer, umweltbewusster und fortschrittlicher werden
- Die Hochwasserkatastrophe im Ahrtal macht uns allen bewusst, dass ein „weiter so“ beim CO^2 Ausstoß mit der damit verbundenen weltweiten Klimaerwärmung nicht sein kann und darf
- Corona hat uns bereits das zweite Jahr im Griff, die vierte Welle hat uns erfasst, die Zahl der Nichtgeimpften ist nach wie vor zu groß Die Intensivstationen in der gesamten Republik sind am Limit, das Personal in den Kliniken ist erschöpft und hat kein Verständnis für die vielen ungeimpften Patienten
- Die Industrie und das Handwerk leiden unter fehlenden Rohstoffen und Bauteilen für die Fertigung, zunehmend bereitet Personalmangel große Sorgen
- Der Umbruch weg vom Verbrennungs- hin zum Elektromotor bringt Verwerfungen mit sich, der Transformationsprozess der Automobilindustrie ist in vollem Gange
- Die Energiekosten steigen -niemand weiß in welche Höhe sie sich noch emporschrauben werden. Die sogenannte „zweite Miete“ die Nebenkosten für viele Menschen mit geringem Einkommen werden nicht mehr bezahlbar sein. Die gestiegenen Kosten werden sich wegen der höheren Herstellungskosten bei allen Produkten durch höhere Preise niederschlagen
- Das Thema „Auskreisung“ der Kommunen des oberen Filstals löst große Betroffenheit aus, es war seither nicht vorstellbar, dass so etwas möglich sein könnte

- Die Schließung der stationären Versorgung an der HKG Geislingen hat große Wogen in der Raumschaft geschlagen

Sehr geehrte Damen und Herren, all diese Themen und noch einige mehr kommen teilweise von extern und haben ihre Ursachen nicht im Landkreis Göppingen sondern sind durch Ereignisse, Gesetze und Vorgaben von extern ausgelöst.
Sie fordern aber von der Landkreisverwaltung sowie von der Kreispolitik adäquates, zielgerichtetes und schnelles Handeln.
Es war kein einfaches Jahr, die Entscheidung zu den Alb Fils Kliniken musste getroffen werden, das neue Abfall- und Gebührenkonzept wird heute noch verabschiedet.
Viele Sitzungen inklusive Sonderterminen wurden mit Stunden von Diskussionen und Abwägungen sowie dem Austausch von Argumenten innerhalb der Fraktion, aber auch mit der Bürgerschaft notwendig.

Die SPD Fraktion hätte sich sehr gewünscht an dem Beschluss : „Eine Klinik an zwei Standorten in kommunaler Trägerschaft“ festhalten zu können. Dieser Grundsatz hatte für uns immer höchste Priorität. Gleichzeitig müssen wir erkennen und feststellen, dass sich die Rahmenbedingungen ändern. Sowohl im Bund durch das Gesundheitsministerium durch Herrn Spahn CDU geführt, sowie im Land, durch das von Herrn Lucha , Bündnis90/ die Grünen geführte Sozialministerium bestand und besteht Einigkeit darüber, kleine Klinikstandorte mir größeren zusammenzuführen.

Die Schlagworte heißen: Ambulantisierung, Zentralisierung, Spezialisierung, DRGs, Fallzahlen der Eingriffe, Personaluntergrenzengesetz und dadurch verstärkt resultierender Personalmangel in der Pflege. Auch im ärztlichen Bereich ist dieser festzustellen.

Mit all diesen Vorgaben und politischen Entscheidungen müssen auch wir im Landkreis Göppingen umgehen.

Eine entsprechende Resolution an Land und Bund gerichtet werden wir mittragen.

Eine große Herausforderung stellt das von Ihnen Herr Landrat Wolff so viel beschworene Kreisbewusstsein dar. Dieses ist schwer darzustellen und zu erreichen, denn an allen Rändern franst dieses aus, nicht nur im oberen Filstal, sondern auch in die Raumschaft Esslingen, Kirchheim oder in das Remstal.
Es wird kein Patentrezept geben. Das Ziel muss es sein für alle Menschen im gesamten Landkreis, in allen 38 Kommunen, ein gutes Leben mit einer adäquaten Infrastruktur, guten Straßen, einem funktionierenden ÖPNV, einer flächendeckenden medizinischen Versorgung und Arbeitsplätzen mit guter Bezahlung ökologisch zu gestalten.

Es geht dabei um nicht weniger als um die notwendige Veränderung unseres Lebens und Wirtschaftens hin zu mehr Nachhaltigkeit.

Nachhaltigkeit hat immer drei Dimensionen: eine ökologische, eine ökonomische und eine soziale. Und wenn sich dieser Dreiklang in der Politik nicht wiederfindet, läuft im wahrsten Sinne des Wortes etwas schief. Mit negativen Folgen für die Umwelt, die Wirtschaft und vor allem die Menschen, die von diesen Veränderungen unmittelbar betroffen sind.

Die Wirtschaft in unserem Landkreis hängt sehr stark von der Automobilwirtschaft, ihren Zulieferbetrieben und vom Maschinenbau ab.
Wenn wir die Transformation der Industriegesellschaft im Landkreis erfolgreich bewerkstelligen wollen, müssen wir vor allem die Menschen mitnehmen, die in diesem Bereich arbeiten. Denn wenn sie keine Perspektive mehr für sich sehen und dadurch den Klimawandel und die Verkehrswende in erster Linie als Bedrohung für sich und Ihren Wohlstand betrachten, dann laufen wir Gefahr, dass wir sie als Partner für den notwendigen Umbau verlieren. Denn dann werden sie sich den Rattenfängern zuwenden, die bereits heute genau auf eine solche Entwicklung warten. Für die SPD ist deshalb die soziale Nachhaltigkeit das zentrale Element in diesem Prozess.

Für einen erfolgreichen Transformationsprozess ist es unerlässlich, den Betroffenen die Möglichkeiten zu eröffnen, diese Entwicklung mitzugestalten. Deshalb müssen es sich alle Verantwortlichen im Landkreis noch mehr zur Aufgabe machen, die Um- und Weiterbildung der Beschäftigten zu begleiten.

„Berufliche Qualifizierungsoffensive für den Landkreis starten – Chancen eines Weiterbildungs-Verbundes nutzen“

Die Wirtschaftsförderung für den Kreis Göppingen setzt im Verbund mit der regionalen Wirtschaftsförderung (WRS), den Angeboten des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit des Landes sowie der Regional-Direktion der Bundesagentur für Arbeit in Göppingen einen thematischen Schwerpunkt für 2022**: „Berufliche Qualifizierung im Strukturwandel“**

Zu diesem Themenfeld haben wir, wie auch bereits zum HH 2021 einige Anträge gestellt. Diese entnehmen Sie bitte der Antragsliste.

Die SPD Fraktion erwartet, dass diese für die Entwicklung des Landkreises so wichtigen Anträge in diesem Jahr bearbeitet werden um zukunftsweisende Lösungen für die Wirtschaft, für gute Arbeit und gut aus- und fortgebildete Arbeitnehmende im Landkreis zu ermöglichen.

Wohnen:

Das ist das Thema, das die SPD Kreistagsfraktion bereits seit Jahren umtreibt, hier wurden die Hausaufgaben auch vom Land nicht gemacht. Fehlender bezahlbarer Wohnraum ist mit zur größten Frage in der Gesellschaft geworden.

Mehr bezahlbarer Wohnraum im Landkreis Göppingen durch einen Wohnraumgipfel

Der Landkreis Göppingen veranstaltet Mitte 2022 einen ‚Wohnraum-Gipfel'. Ziel dieses Gipfels, zu dem alle öffentlichen und gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen, die im Gebiet des Landkreises tätig sind, eingeladen werden, ist es, dem offenkundigen Mangel an bezahlbarem Wohnraum in weiten Teilen unseres Landkreises einen auf dem Gipfel zu erarbeitenden und in der Folge fertigzustellenden ‚Aktionsplan' als Antwort der ‚öffentlichen und gemeinnützigen Wohnungswirtschaft' gegenüberzustellen. Der Gipfel soll auch die Angebote des Landes und die zu erwartenden zusätzlichen Angebote des Bundes unter neuer Regierung aufnehmen und auf Nutzungspotentiale prüfen.

Weiterhin beantragt die SPD Fraktion zu prüfen, inwiefern die Forschungsergebnisse der Hochschule Esslingen am Standort Göppingen im Bereich des innovativen Pflegeprojektes „Care-Lab" in einer Immobilie der Kreisbau als Modellprojekt installiert werden können.

Mobilität - ÖPNV

Der Beitritt zum Verkehrsverbund war ein wichtiger und richtiger Schritt für einen besseren und attraktiveren Öffentlichen Nahverkehr im Landkreis Göppingen.
Es läuft nach dem Meilenstein des VVS-Beitritts noch längst nicht rund. Erhebliche Zugverspätungen sind an der Tagesordnung, der verlässliche Takt fehlt sowieso, der Anschluss an andere Verkehrsverbünde, etwa den Ulmer ‚DING' mit einer Integration über die Stadt Geislingen hinaus oder in den Ostalbkreis mit einer Erschließung der Ausflugsgebiete um die Drei Kaiser Berge, harrt noch der Umsetzung. Die Bahn-Bus-Vernetzung im Landkreis und erst recht über die Kreisgrenzen hinweg, steckt in den Kinderschuhen und die Busse beenden auf manchen Linien abends den Betrieb, wenn es für die Jugendlichen an den Wochenenden gerade interessant wird.
Die erkämpfte VVS-Vollintegration ist das Sprungbrett, nicht das Ruhekissen !

Im Jahr 2022 werden wird es unsere Aufgabe sein mit der Überarbeitung des Nahverkehrsplans das Angebot weiter auf die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer anzupassen.

In diesem Zusammenhang möchten wir an unseren Antrag aus dem letzten Jahr erinnern, die bessere Anbindung der Industrie- und Gewerbegebiete sowie einer Busverbindung Deggingen-Schlat zu prüfen.

Bei den Beratungen zum neuen Nahverkehrsplan werden wir insbesondere die Verbindungen an den Landkreisgrenzen in andere Landkreise thematisieren. Dies gilt sowohl für Verbindungen innerhalb unseres Verkehrsverbundes Stuttgart wie auch in andere Verkehrsverbünde. Besonders die Anknüpfung an den Donau-Iller-Nahverkehrsverbund (DING), von welcher primär der Raum Geislingen profitieren würde.
Hierzu beantragen wir einen Sachstandsbericht zur aktuellen Situation sowie zur Einschätzung des Amts für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur welche

Chancen für eine bessere tarifliche Verzahnung zwischen DING und VVS in Geislingen bestehen.

Der Metropolexpress stolpert nach einem schwierigen Start noch immer durch den Landkreis. Ein echter Halbstundentakt ist etwas anderes. Wir fordern Sie, Herr Landrat auf, die Landesregierung immer wieder an ihr Versprechen zu erinnern, dass wir ab der Fertigstellung der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm einen echten Halbstundentakt bekommen und der Metropolexpress nicht mehr durch den Landkreis stolpern muss. Für uns als SPD-Kreistagsfraktion ist aber klar: Wollen wir langfristig mehr Menschen - insbesondere Berufspendler - zur Nutzung der Schiene statt der Straße animieren, brauchen wir langfristig einen Zwanzigminutentakt auf der Filstalstrecke. Dies muss aktiv gegenüber der Landesregierung kommuniziert werden.

Auch hier verweisen wir auf die Anträge in der Liste

Mobilität – Individualverkehr

Viel ist von der Mobilitätwende die Rede. Die SPD bekennt sich klar zu einem stärkeren Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs, der Radinfrastruktur sowie innovativer Mobilitätskonzepte – es dürfen dabei aber nicht die Herausforderungen im Straßenverkehr vernachlässigt werden.

Wir erinnern an unseren Antrag zu einer Verkehrsuntersuchung inklusive Tunnellösung der B 297 im Schurwald, welchem der Umwelt- und Verkehrsausschuss bereits zugestimmt hat – die Durchführung wurde aber aufgrund von Corona zurückgestellt. Auch hier müssen wir jetzt weiterkommen.

Zwei Straßenbauprojekte begleiten uns alle nun seit Jahren. **Die B10 sowie die A8.**

Die B10 ist die Lebensader des Filstals. Leider stockt der Weiterbau der B10neu zwischen Gingen und Amstetten seit Jahren. Die andauernden Planungsänderungen und die Abstimmungen zwischen den Landes- und Bundesbehörden dauern viel zu lange.

Bei der Trassenbegehung des RP mit Vertretern der betroffenen Kommunen und der Bürgerinitiativen im Juli 2021 wurde zugesagt, dass diesen Herbst eine Bürgerinformationsveranstaltung stattfinden soll.

Diese wurde bereits mehrfach zugesagt, diese Zusagen wurden nie eingehalten, wie so vieles. Gleiches gilt für die zugesagte Bürgerbeteiligung.
Die Verwaltung wird aufgefordert, den Stand der Planung und die Termine für Bürgerinfo und Bürgergespräche einzufordern und dem Kreistag vorzustellen.

Frühestens 2032 können wir auf dem neuen Albaufstieg fahren. Dies hat die Autobahngesellschaft verkündet. Keine gute Nachricht für die Menschen in Gruibingen und im oberen Filstal. Interessanterweise kommt diese Ankündigung kurz nachdem die Kompetenzen von den Ländern auf die neue Autobahngesellschaft des

Bundes übergegangen sind. Ein Zufall? Mehr Effizienz war das Versprechen von CDU und CSU, die auf Bundesebene diese Umstrukturierung durchgedrückt haben. CSU-Verkehrsminister Scheuer ist den Menschen im Landkreis Göppingen eine Antwort schuldig.

Innovation ist das Schlüsselwort für die Zukunft der Mobilität. Deshalb stellen wir folgenden Antrag:

Der Landkreis initiiert in Kooperation mit der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt ein Modellprojekt / Reallabor für autonomes Fahren / autonomer ÖPNV im ländlichen Raum am Standort Geislingen

Es besteht am Standort Geislingen das notwendige wissenschaftliche Fundament, um ein Reallabor des Landes ansiedeln zu können. Gepaart mit der vorhandenen Automobilzulieferindustrie und weiterer Kompetenzen am Standort Geislingen und im Landkreis Göppingen sind gute Chancen gegeben, dass sich die Raumschaft erfolgreich im Forschungscluster des Landes positioniert und langfristig zukunftssichere Arbeitsplätze in F & E sowie Produktion geschaffen werden können.

Umwelt

Photovoltaik ist ein Schlüssel zur Energiewende. Hier muss die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorausgesehen. Wir beantragen, dass die Landkreisverwaltung berichtet, wo auf landkreiseigenen Gebäuden bereits Photovoltaik genutzt wird und wo diese noch genutzt werden kann. Geprüft werden soll auch, ob die veränderten Regelungen bei der Eigenstromnutzung Vorteile für den Landkreis bei der Nutzung von Photovoltaik bringen kann.

Jugend &Soziales

Die Menschen die nicht immer auf der Sonnenseite des Lebens stehen, die durch Krankheit oder Behinderung benachteiligt sind, die ohne Arbeit oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind, die Altersarmut fürchten oder die am 20. des Monats nicht wissen wie sie finanziell bis zum Ende des Monats kommen weil das Kurzarbeitergeld nur 60 % des Einkommens beträgt, die Angst haben ihre Miete nicht mehr bezahlen zu können, liegen der SPD Fraktion besonders am Herzen.

Sozialdemokratische Politik, auch in den Kommunen heißt für uns all diese Menschen im Blick zu haben um ihnen ein Leben in Würde zu ermöglichen und ebenso ihnen mit Respekt zu begegnen.

Dabei denken wir auch an die vielen Kinder und Jugendlichen die unter den Coronamaßnahmen am stärksten zu leiden hatten und teilweise immer noch darunter leiden. Homeschooling, keine Jugendtreffs, kein Mannschaftssport, keine Vereine, soziale Kontakte nur über die sogenannten sozialen Medien – wir wissen alle nicht welche Auswirkungen dies auf die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen haben wird. Dem Kinder- und Jugendhilfebereich gilt es deshalb unsere besondere

Aufmerksamkeit, Kinder sind unsere Zukunft, deshalb gilt es diesen in allen Bereichen zu stärken. Einige Anträge zum Sozialhaushalt:

Zu folgenden Themen haben wir Anträge gestellt:

Das **Frauenhaus** leistet hervorragende Arbeit. Alle Plätze sind ständig belegt und es können nicht alle Frauen mit Kindern, die Hilfe benötigen, aufgenommen werden.

Es wird beantragt, durch eine Zusicherung der Kostenübernahme (ähnlich Landkreis Esslingen) den Zugang zum Frauenhaus für Frauen, die sich nicht im SGB II oder SGB XII-Bezug befinden, zu erleichtern.
Der Zugang zum Frauenhaus für Frauen die in Not sind muss niederschwellig und schnell ohne finanzielle Hürden möglich sein.

Substitution von Drogenabhängigen

Die Corona-Pandemie hat die prekäre Lage von BTM-Abhängigen weiter verschärft. Vor allem Schwerstabhängige sind eine besonders vulnerable Gruppierung, deren Verbleib in der Illegalität ohne ärztliche Betreuung zu lebensbedrohlichen Auswirkungen führen kann.
Deshalb beantragen wir über die derzeitige Präventions-, Beratungs- und Versorgungssituation von Drogenabhängigen im Landkreis zu berichten und zudem aufzuzeigen, wie ein tragfähiges Substitutionskonzept für Schwerstabhängige aufgebaut werden kann, das eine ganzheitliche medizinische Versorgung gewährleistet.

Fachstelle zur Vermeidung von Obdachlosigkeit

Um der Problematik der drohenden Obdachlosigkeit besser gerecht zu werden, ist eine landkreisweite Fachstelle zur Vermeidung drohender Obdachlosigkeit zur Vermeidung von Obdachlosigkeit zu konzeptionieren.

Umsetzung BTHG

Es wird beantragt, über die Auswirkungen des Rahmenvertrages (nebst Übergangsregelungen) zum Bundesteilhabegesetz im Hinblick auf die verwaltungsinternen Umstellungsschritte, die nach dem Rahmenvertrag geforderte Einhaltung des Personalschlüssels und die Qualifikation des Personals sowie die damit zusammenhängenden finanziellen Auswirkungen weiterhin in regelmäßigen Abständen zu berichten.
Nachdem der Rahmenvertrag zum BTHG am 01. Januar 2021 in Kraft getreten ist, soll eine damit verbundene engmaschige Evaluierung der Auswirkungen erfolgen. Wesentliche Neuerungen im Rahmenvertrag sind Vorgaben bezüglich Personalausstattung und Qualifikation des Personals bei Leistungsangeboten im Bereich von Förder- und Betreuungsgruppen sowie Werkstätten für behinderte Menschen.

Dies stellt sowohl den Landkreis als Leistungsträger als auch die Leistungserbringer vor hohe bürokratische Hürden nebst zusätzlichen finanziellen Belastungen bei gleichzeitigem Fachkräftemangel in sozialen Berufen.

.

Bodelschwinghschule in Göppingen – bis Weihnachten 4 Tage Woche
Eklatanter Lehrermangel und Krankheitsfälle machen diese Maßnahme wohl erforderlich. Die Familien die mit einem Kind mit Behinderung ohnehin einen schweren Alltag haben sind durch diese Maßnahme deutlich eingeschränkt. Auch eine „Betreuung“ für die Kinder deren Eltern berufstätig sind kann das Defizit nicht ausgleichen. Inklusion kann nur gelingen, wenn die Kinder die beste pädagogische Anleitung und Förderung erhalten. Die Vorbereitung auf ein möglichst selbstständiges Leben mit der größtmöglichen Teilhabe ist das Ziel unserer SBBZ. Wir danken an dieser Stelle ausdrücklich dem Lehrpersonal dieser Einrichtungen, wir wissen, dass alle am Limit arbeiten und dennoch nicht zufrieden sein können mit der pädagogischen Arbeit die sie in Unterzahl erbringen müssen.
Hier geht unser eindringlicher Appell an das Bildungsministerium schnell für Abhilfe zu sorgen und sich auch neuen Wegen zur Personalgewinnung nicht entgegenzustellen.

Noch einige Worte zum **Stellenplan**:
Den geplanten Stellenneuschaffungen können wir Stand heute größtenteils zustimmen, über einzelne möchten wir bei der Beratung im VA noch nähere Informationen erhalten. Kritisch sehen wir wie auch in den Vorjahren die pauschale Vorabreduzierung der Personalkosten, dies lässt vermuten, dass nicht alle Stellen wie im Plan dargestellt besetzt werden können.
Ein ausreichender Personalschlüssel ist aber bei den vielfältigen komplexen Aufgaben des Landkreises unabdingbar.

Nun zu den **Finanzen** des Landkreises Göppingen im HH Jahr 2022:

- Erträge rund 332 Mio. Euro
- Aufwendungen rund 334 Mio. Euro
- Rücklagenentnahme 11, 6 Mio. Euro
- Darlehensaufnahme 146,6 Mio. Euro
- Steigender Mittelbedarf im sozialen Bereich
- Vorschlag zur Kreisumlage 32,5 Prozent

Wir stellen fest, die Steuerkraftsumme im Landkreis Göppingen ist gestiegen, allerdings liegen wir immer noch im Landesdurchschnitt in den hinteren Rängen.

Die Defizite der Alb Fils Kliniken in diesem und auch in den Folgejahren bereiten uns große Sorgen. Die wirtschaftliche Entwicklung mag ihre Ursachen haben und auch begründbar sein, wie z. B. die Coronapandemie und dadurch abzusagende Operationen, fehlende Rettungsschirme, ein deutschlandweiter Personal- und Fachkräftemangel usw., aber damit dürfen und können wir uns nicht zufriedengeben. Externer Sachverstand und ein Blick von außen kann sowohl bei den AFK wie im Landratsamt eventuell neue Perspektiven und Lösungsansätze aufzeigen.
Die Aufgaben des Landkreises und auch der Kommunen werden in den zukünftigen Jahren nicht weniger und kleiner, deshalb muss für die Zukunft ein finanzieller Spielraum bestehen bleiben.

Die Schulden des Landkreises werden in den nächsten Jahren deutlich ansteigen, vor Jahren sagte der Kämmerer Herr Stolz, dass es sich um rentierliche Schulden handelt. Dies mag so sein, es ist aber bei allen Ausgaben und Aufgaben wie beim Neubau der Klinik, des Berufsschulzentrums Geislingen und bei den Sonderschulzentren auf äußerste Kostendisziplin zu achten.
Auch künftige Generationen müssen Handlungs- und Gestaltungsspielraum haben.
.**Dem Vorschlag der Verwaltung zur Höhe der Kreisumlage von 32,5 %** werden wir Stand heute zustimmen.

Lange habe ich mir überlegt, eine Kampagne wie die des Landes „The Länd" für unseren Landkreis zu beantragen.
„The Länd Krais" zum Beispiel wäre doch auch nicht schlecht.

Unser Landkreis, der Stauferkreis hat viel zu bieten:
Eine wunderschöne Landschaft mit Löwenpfaden, Kur- und Heilbäder, namhafte Firmen wie WMF, Märklin, Schuler um nur einige zu nennen, eine herausragende mit Sternen dekorierte Gastronomie, die Ev. Akademie in Bad Boll und noch vieles mehr.

Aber wir nehmen Abstand von einer teuren Imagekampagne, halten unsere Anträge aufrecht und bitten um sachgerechte Behandlung im kommenden Jahr 2022.

Zum Schluss meiner Ausführungen sagen wir Dank:
Ihnen Herr Landrat Wolff für die gute und offene Zusammenarbeit in diesen auch für Sie sehr schwierigen Zeiten, der Kämmerei und Ihnen Herr Stolz für die Erstellung des Haushaltsplans, die gute Haushaltsführung und die stets klaren Worte,
der gesamten Verwaltung mit den Mitarbeitenden für die immer gute Zusammenarbeit.
Auch bei den Mitgliedern meiner Fraktion bedanke ich mich für die konstruktive Diskussionen und die Zuarbeit.

Unser Dank gilt ebenso allen Mitarbeitenden in allen landkreiseigenen Einrichtungen.

Danke auch an alle Personen im Landkreis die sich engagieren und für unsere Gemeinschaft einsetzen, sei dies in Vereinen, Organisationen, Verbänden, bei den Rettungsdiensten und vielem anderen mehr.
.
Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Uns, aber auch der Verwaltung stehen anstrengende, aber auch spannende Wochen bevor. Die Anträge aller Fraktionen sind vielfältig.

Wenn wir sie unter den Dreiklang der Nachhaltigkeit stellen und die ökologische, die ökonomische und die soziale Dimension berücksichtigen, dann können wir für die Menschen in unserem Landkreis viel erreichen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit

A:Umsetzung BTHG

Es wird beantragt, über die Auswirkungen des Rahmenvertrages (nebst Übergangsregelungen) zum Bundesteilhabegesetz im Hinblick auf die verwaltungsinternen Umstellungsschritte, die nach dem Rahmenvertrag geforderte Einhaltung des Personalschlüssels und die Qualifikation des Personals sowie die damit zusammenhängenden finanziellen Auswirkungen weiterhin in regelmäßigen Abständen zu berichten.

Begründung:

Nachdem der Rahmenvertrag zum BTHG am 01. Januar 2021 in Kraft getreten ist, soll eine damit verbundene engmaschige Evaluierung der Auswirkungen erfolgen. Wesentliche Neuerungen im Rahmenvertrag sind Vorgaben bezüglich Personalausstattung und Qualifikation des Personals bei Leistungsangeboten im Bereich von Förder- und Betreuungsgruppen sowie Werkstätten für behinderte Menschen.

Dies stellt sowohl den Landkreis als Leistungsträger als auch die Leistungserbringer vor hohe bürokratische Hürden nebst zusätzlichen finanziellen Belastungen bei gleichzeitigem Fachkräftemangel in sozialen Berufen.
.

Antrag: (bereits 2020 gestellt)

A: Wohn- und Pflegesituation älterer Menschen im Landkreis

Es wird beantragt im Rahmen der Kommunalen Pflegekonferenzen die Situation der Kurzzeit-, Verhinderungs- und Tagespflege sowie Möglichkeiten der ambulanten Übergangspflege im Landkreis zu thematisieren und diese im Sozialausschuss darzustellen.
Fehlende Kapazitäten in der Kurzzeit-, Verhinderungs- und Tagespflege stellen Hilfesuchende wegen mangelnder Pflegeplätze vor große Herausforderungen. In den Kommunalen Pflegekonferenzen soll deshalb die Thematik beleuchtet und Empfehlungen für Lösungsansätze erörtert werden.

Ergänzung:

A:Wohn- und Pflegesituation älterer Menschen im Landkreis – „Care-Lab“ der Hochschule

Es wird beantragt, zu prüfen, inwiefern die Forschungsergebnisse der Hochschule Esslingen am Standort Göppingen im Bereich des innovativen Pflegeprojektes „Care-Lab“ in einer Immobilie der Kreisbau Filstal als Modellprojekt installiert werden können.

Begründung:

Der Wunsch von älteren, aber auch jüngeren pflegebedürftigen Menschen nach einem möglichst langen Verbleiben in der eigenen Wohnumgebung erfordert, dass Wohnraum und allem voran der Sanitärbereich so gestaltet ist, dass er ein barrierefreies und selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Die Hochschule Esslingen hat am Campus Göppingen hierzu eine Vorreiterrolle im Bereich des „Care-Labs“ eingenommen, dessen Ergebnis in einer Immobilie der Kreisbau in die Praxis einfließen soll. Somit wird der Transfer der heimischen Forschung mit der örtlichen Wirtschaft verknüpft und die Vorteile dieses Innovationsprojektes für die Menschen im Landkreis Göppingen genutzt.

A: Fachstelle zur Vermeidung von Obdachlosigkeit

Es wird beantragt, eine landkreisweite Fachstelle zur Vermeidung von Obdachlosigkeit zu konzeptionieren

Um der Problematik der drohenden Obdachlosigkeit besser gerecht zu werden, ist eine landkreisweite Fachstelle zur Vermeidung drohender Obdachlosigkeit zur Vermeidung von Obdachlosigkeit zu konzeptionieren, sowie

1)über die bisherigen Erkenntnisse der Steuerungsgruppe zu berichten,

2)und über die besondere Situation von Frauen in Obdachlosigkeit zu berichten und zu prüfen, inwiefern freie Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen der Flüchtlingshilfe für ein spezifisches Frauenprojekt genutzt und personell realisiert werden können.

Begründung:

Vom steigenden Wohndruck in der Region Stuttgart ist auch der Landkreis Göppingen betroffen. Hinzu kommen zunehmende soziale Problemlagen, u.a. Altersarmut oder prekäre finanzielle Verhältnisse bei Alleinerziehenden, die sich in nächster Zeit aufgrund eines schwierigen wirtschaftlichen Gesamtumfeldes verschärfen dürften. Dies führt zunehmend auch zu Situationen, in denen Menschen von Obdachlosigkeit bedroht sind oder sogar in Obdachlosigkeit geraten. Dieser Trend lässt sich landkreisweit beobachten. Ein besonderer Fokus muss hierbei auch auf Frauen in Obdachlosigkeit gelegt werden. Hier könnten nicht mehr genutzte Einrichtungen der Erstaufnahme von Flüchtlingen, wie z.B. in Donzdorf, näher untersucht werden.

Einrichtungen wie Haus Linde oder auch die Stadt Eislingen haben hier mit Fachstellen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit bereits erfolgreiche Modelle implementiert, die Betroffenen Hilfe bieten und Obdachlosigkeit verhindern können.
Während die Kommunen für die ordnungsrechtliche Unterbringung der Obdachlosen zuständig sind, ist der Landkreis gemäß §§ 67 ff. SGB XII für die Hilfen zur Überwindung von besonderer sozialer Schwierigkeiten verantwortlich, worunter auch Wohnungslosenhilfen fallen. Es bedarf jedoch eines ganzheitlichen Ansatzes, unabhängig vom jeweiligen Träger.

Deshalb sollte in einem ersten Schritt eine Konzeptionierung für eine landkreisweite Fachstelle zur Vermeidung von Obdachlosigkeit erfolgen, die zunächst zum Ziel hat, eine niederschwellige Beratung anzubieten. Zu denken ist hier bspw. an Beratungen im Bereich des Mietrechts oder darüber hinaus zur Vermittlung zwischen Vermieter und Mieter in Konfliktfällen. Die Erkenntnisse der bisher bereits tätigen Städte und Institutionen sowie des bereits eingerichteten Lenkungskreises sind hierbei besonders zu berücksichtigen.

Zu einem späteren Zeitpunkt wäre ein Ausbau auch im Hinblick auf aufsuchende Beratung und Begleitung von Menschen in Obdachlosigkeit denkbar

A: Substitution von Drogenabhängigen

Es wird beantragt,

1) über die derzeitige Präventions-, Beratungs- und Versorgungssituation von Drogenabhängigen im Landkreis zu berichten
2) aufzuzeigen, wie ein tragfähiges Substitutionskonzept für Schwerstabhängige aufgebaut werden kann, das eine ganzheitliche medizinische Versorgung gewährleistet.

Begründung:
Die Corona-Pandemie hat die prekäre Lage von BTM-Abhängigen weiter verschärft. Vor allem Schwerstabhängige sind eine besonders vulnerable Gruppierung, deren Verbleib in der Illegalität ohne ärztliche Betreuung zu lebensbedrohlichen Auswirkungen führen kann.

A: Erleichterung des Zuganges zum Frauenhaus:

Es wird beantragt, durch eine Zusicherung der Kostenübernahme (ähnlich Landkreis Esslingen) den Zugang zum Frauenhaus für Frauen, die sich nicht im SGB II oder SGB XII-Bezug befinden, zu erleichtern.

Begründung:

Bisher ist eine Aufnahme von Frauen aus anderen Landkreisen nur bei Bezug von SGB II oder SGB XII-Bezug problemlos möglich, um eine Finanzierung in der jeweiligen Einrichtung zu ermöglichen. Auch Frauen aus dem Landkreis, z. B. Studierende die keine SGB II oder SGB XII Bezüge erhalten ist eine Aufnahme nur sehr erschwert, nach einer Überprüfung der Kostenübernahme, privat oder durch das SA, möglich.
Der Zugang zum Frauenhaus für Frauen die in Not sind muss niederschwellig und schnell ohne finanzielle Hürden möglich sein.

A: Bericht im Kreistag über die Situation seelisch kranker Menschen im stationären, ambulanten Bereich sowie der Situation chronisch seelisch kranker Menschen im sozialpsychiatrischen Bereich, im Bereich der Nach- und Vorsorge durch Sozialdezernat unter Mitwirkung des Christophsbades und ggf. anderer Kooperationspartner.

Begründung: Der Landkreis ist für die gesundheitliche Versorgung der Menschen zuständig. Diese Fürsorge betrifft nicht nur den somatischen Bereich, sondern auch die seelischen und neurologischen Erkrankungen. Hier fehlt die genaue Information im Kreistag.

Antrag: (bereits 2020 gestellt)

A: Sachstandsbericht zum Ausbau barrierefreier Bushaltestellen durch das Amt für Mobilität und die Kreisbehindertenbeauftragte.

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss bis zum 1. Januar 2022 vollständig barrierefrei sein. Dies ist eine Vorgabe des Personenbeförderungsgesetz (PBefG). Ein Teil der vollständigen Barrierefreiheit sind barrierefreie Bushaltestellen. Unser Ziel ist es gerade auch bewegungs- und mobilitätseingeschränkten Personen die Nutzung des ÖPNV zu ermöglichen. Im Sinne eines attraktiven ÖPNV-Angebotes muss die Umsetzung landkreisweit durch die Städte und Gemeinden verstärkt vorangetrieben werden.

A: Mehr bezahlbarer Wohnraum im Landkreis Göppingen durch einen Wohnraumgipfel

Der Landkreis Göppingen veranstaltet Mitte 2022 einen ‚Wohnraum-Gipfel'. Ziel dieses Gipfels, zu dem alle öffentlichen und gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen, die im Gebiet des Landkreises tätig sind, eingeladen werden, ist es, dem offenkundigen Mangel an bezahlbarem Wohnraum in weiten Teilen unseres Landkreises einen auf dem Gipfel zu erarbeitenden und in der Folge fertigzustellenden ‚Aktionsplan' als Antwort der ‚öffentlichen und gemeinnützigen Wohnungswirtschaft' gegenüberzustellen. Der Gipfel soll auch die Angebote des Landes und die zu erwartenden zusätzlichen Angebote des Bundes unter neuer Regierung aufnehmen und auf Nutzungspotentiale prüfen.

Begründung:

Seit Jahren ist zu beobachten, dass der Mangel an günstigen Wohnungen im Verbund mit steigenden Boden- und Immobilienpreisen weite Teil des Landkreises erfasst. Längst geht es nicht nur um die drei großen Kreisstädte, sondern auch um das gesamte Siedlungsband des Filstals und darüber hinaus. Wohnbauunternehmen in kommunaler oder gemeinnütziger Hand sind oft engagiert, machen aber auch Gründe geltend, warum es nicht wie gewünscht vorangeht. Umgekehrt gibt es Erwartungen der Städte und Gemeinden für ihre wohnungssuchenden Bürger, aber auch umgekehrt Erwartungen an diese Gemeinden hinsichtlich der Zurverfügungstellung von günstigem Bauland. Um dem Denken und Handeln in Einzel-Rationalitäten eine politisch verbindende Initiative gegenüberzusetzen, und um die soziale Dimension der Landkreis-Aufgaben sichtbar zu stärken, soll ein solcher Gipfel als Auftakt für besser abgestimmtes und besser mit Ressourcen ausgestattetes Vorgehen abgehalten werden.

A: Berufliche Qualifizierungsoffensive für den Landkreis starten – Chancen eines Weiterbildungs-Verbundes nutzen

Die Wirtschaftsförderung für den Kreis Göppingen setzt im Verbund mit der regionalen Wirtschaftsförderung (WRS), den Angeboten des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit des Landes sowie der Regional-Direktion der Bundesagentur für Arbeit in Göppingen einen thematischen Schwerpunkt für 2022: „Berufliche Qualifizierung im Strukturwandel".

Elemente dieses Schwerpunktes, der über das Jahr 2022 hinaus angelegt sein soll, sollen sein:

1. Eine von der Wirtschaftsförderung ausgerichtete Auftakt-Konferenz aller Träger der beruflichen Weiterbildung und der beruflichen Ausbildung im Landkreis mit den Abnehmern von Qualifizierungsangeboten in Wirtschaft, Verwaltung und gemeinnützigen Einrichtungen. Ziel ist die Identifikation von Potentialen und von Zukunftserfordernissen für eine im Strukturwandel insbesondere aber nicht nur der Automobilindustrie sich behauptende und stärkende Arbeitswelt von morgen in unserem Landkreis.
2. Eine aktive Teilhabe am von der regionalen WRS derzeit in Aufbau befindlichen Weiterbildungs-Verbund in der Region Stuttgart. Dies gilt sowohl für das Bewerben und Nutzen einer digitalen Plattform für berufliche Weiterbildungsangebote wie auch für analoge Beratungsangebote gerade für kleine und mittlere Unternehmen sowie Handwerk, Freiberufler und Dienstleister.
3. Eine Perspektivplanung ‚Angebote der beruflichen Ausbildung an den beruflichen Schulzentren unseres Landkreises', die bis zum Ende dieses Jahrzehnts reicht. Sie soll der schleichenden Aushöhlung beruflicher Ausbildung während der letzten Jahre entgegenwirken, vor allem aber neue berufliche Ausbildungsgänge identifizieren und prüfen, wo in Geislingen und Göppingen mit über das Kreisgebiet hinausgehendem Einzugsbereich angesiedelt werden können und wie die Infrastruktur dafür (Wohnheimplätze, zentrale Werkstätten, Kooperationspartner etc.) bereitgestellt werden kann.
4. Eine Standort-Initiative ‚Kreis Göppingen – Ihr Standort für Weiterbildungsangebote'. Gemeinsam mit den Kommunen sollen Flächenangebote, vorzugsweise in alten zu

revitalisierenden Industriearealen, sowie mit IHK, HK, dem Automobil-Lehrstuhl an der Hochschule Geislingen-Nürtingen und den einschlägigen Fachbereichen an der Hochschule Esslingen mit Göppingen und anderen Institutionen thematische Angebote, idealerweise passend zur Nahtstelle zwischen Ballungsraum und Landschaft, entwickelt werden. Der Landkreis kann durch ein solch proaktives Vorgehen einen Vorsprung auf dem Weg zu neuen Plätzen, an denen Strukturwandel eingeübt und bewältigt wird, gewinnen.

Begründung

Wir schließen mit dieser erweiterten und konkreter ausformulierten Initiative an den Antrag zum Kreis-Haushalt 2021 an. Die in den Bearbeitungsvermerken vorgesehene Behandlung des damaligen Antrages im 2. Halbjahr 2021 ist nicht mehr realistisch erreichbar. Umso mehr gilt, dass die durch den Wandel in der Mobilitäts-Industrie hin zu alternativen Antrieben und durch die generelle Digitalisierung erzwungene Neuorientierung bei Berufsbildern zwingend einen Qualifizierungs-Schub mit Schwerpunkt der Weiterbildung bei den existierenden Beschäftigten erfordert. Unser Landkreis Göppingen ist kein geschlossener Wirtschaftsraum. Er kann aber aufgrund seiner strukturellen Nachteile – vor allem Zulieferer, zunehmend wenig inhabergeführte Unternehmen, etc. – wie auch seiner Vorteile – Stärken im Schlüsselsegment Elektrohandwerk, profiliertes IT-Cluster, Flächenangeboten aus Konversions-Gelände etc. – eine offensive Rolle im Wirtschaftsraum der Region Stuttgart spielen.

Dafür muss jetzt die Initiative ergriffen werden.

Antrag zum HH 2021: (Erledigung Sommer 2022)

A: (HH 2021) Für den Aufbau des Konzeptes ist ein „Weiterbildungs-Manager‘ mit einer Projektlaufzeit von drei Jahren einzusetzen. Er ist bei der WRS mit Sitz im Landratsamt Göppingen anzusiedeln.

Antrag zum HH 2021: (Erledigung Sommer 2022)

A: Der Landkreis Göppingen strebt nach einem Profil als Standort kompetenter und gesuchter betrieblicher Weiterbildung im Lande.

Er greift dafür die aktuell großen Herausforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft heraus und entwickelt im Zusammenwirken unterschiedlicher Träger und Anbieter ein profiliertes Angebot insbesondere für Beschäftigte: Im Transformationsprozess der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer wie des vorgelagerten Maschinenbaus, und im Ausbauprozess der Gesundheitsbranche wie der nachgelagerten Erholungs- und Freizeitangebote.
Die große und existentielle Herausforderung der betrieblichen Weiterbildung ist gerade im Landkreis Göppingen, als strukturellem „Nachzügler“ und als Hauptbetroffener eines auf dem Rücken der Zulieferer ausgetragenen Strukturwandels der Automobilindustrie offenkundig. Der Landkreis und sein industrielles Filstal könnten die eigene Verletzlichkeit zum Argument für einen Kraftakt machen, der Göppingen für andere Teilräume der Region und Baden-Württembergs zum Anziehungspunkt für gute und zeitgemäße Weiterbildung macht. Dasselbe gilt für das Zukunftsfeld „Gesundheit“. Bestehende Ausbildungsgänge an Hochschule und Schulen, Angebotserweiterungen der Kliniken im Kreisgebiet, die Reha-Einrichtungen und die vielen Gesundheits-Dienstleister könnten die kritische Masse für einen Weiterbildungsmagnet „Gesundheit am Albtrauf“ sein. Weiterbildung ist „industrienahe Dienstleistung“, die uns künftig tragen wird und bei welcher der Landkreis Defizite hat.

Antrag zum HH 2021: (Erledigung Sommer 2022)

A: Im Landkreis Göppingen soll über den Zeitraum der nächsten fünf Jahre ein verfügbares Gewerbeflächenangebot entwickelt werden, das der jeweiligen festgestellten Flächennachfrage (derzeit 18 ha) entspricht.

Alle potentiell verfügbaren Flächen werden – auf Basis des SKS und zusätzlich mit Daten der Kommunen, Haus&Grund sowie der IHK und HK versehen – mit Größe, Lage und Preis in vier Kategorien dargestellt: wieder zu nutzende Flächen, wieder zu nutzende Flächen mit Recyclingbedarf, zusätzliche Neuflächen in bereits entwickelten Gebieten, zusätzliche Flächen in neuen und geplanten Gewerbegebieten oder Mischgebieten. Es wird angegeben, ob sich die Flächen in privatem oder öffentlichem Besitz (kommunal/staatlich) befinden.

Antrag: (bereits zum HH 2021 gestellt)

A: Der Landkreis berichtet über die vorhandenen Kapazitäten zur Betreuung von Patienten mit Spätfolgen einer COVID-19- Infektion. Es sollen vor allem die möglichen Kapazitäten an den Reha-Einrichtungen im Landkreis aufgezeigt werden.

Wurde zu Beginn die Infektion mit SARS-COV2/COVID-19 zuerst als Erkrankung vor allem der Lunge gesehen, mehren sich nun die Erkenntnisse, dass der Erreger vielfältige Spätschäden verursacht. Die Patientinnen und Patienten sind auch viele Wochen und sogar Monate nach der Infektion noch auf medizinische Betreuung angewiesen. Die Bewohner unseres Landkreises und darüber hinaus sollen in unseren medizinischen Einrichtungen in Zusammenarbeit mit den Kurorten im Landkreis Göppingen eine optimale Betreuung und Rehabilitation erhalten. Damit kann der Landkreis die Qualität seiner medizinischen Einrichtungen durch die Vertiefung von Kooperationen verbessern, weiter ausbauen und deutlich an Profil gewinnen. Dabei erscheint es wichtig, die Kapazitäten in der COVID-19-Nachsorge auszubauen, denn so können die Spätfolgen verringert werden und die Patientinnen und Patienten schnell wieder in ihr normales Leben zurückkehren.

A: Eine Außenstelle der Verbraucherschutz-Zentrale Baden-Württemberg im Landkreis ansiedeln!

Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, mit der Verbraucherschutz-Zentrale Baden-Württemberg zu prüfen, ob eine Außenstelle der Verbraucherschutz-Zentrale auch im Landkreis Göppingen angesiedelt werden kann. Bei grundsätzlicher Bereitschaft soll bei der Standortsuche für eine Büro- und Ladenfläche unterstützt werden. Zusammen mit den Landtagsabgeordneten aus dem Landkreis soll zudem für die Ansiedlung einer solchen Einrichtung beim Aufsicht führenden Ministerium für ländlichen Raum und Verbraucherschutz geworben werden.

Begründung:

Aufgaben der Verbraucherberatung und des Verbraucherschutzes gewinnen in unserer unübersichtlicher werdenden Konsumwelt an Bedeutung. Von Telekommunikationsverträgen über Onlinehandel bis zu energetischen Gebäudesanierungen steigt der Beratungsbedarf und leider auch oft der Interventionsbedarf.1 Dafür ist persönliche Beratung vor Ort oft unverzichtbar. In Baden-Württemberg existiert ein Netz von Außenstellen der Verbraucherschutzzentrale. Zwischen dem Hauptstandort Stuttgart und der Außenstelle Ulm sowie Heidenheim ist noch ein weißer Fleck. Der Landkreis Göppingen kann damit ein Einzugsgebiet von rund 500.000 Einwohnern abdecken, wenn hier in zentraler Lage eine weitere Außenstelle dazu käme.

A: Bericht zu Photovoltaik in Verantwortung des Landkreises

Photovoltaik ist ein Schlüssel zur Energiewende. Hier muss die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorausgesehen. Wir beantragen, dass die Landkreisverwaltung berichtet, wo auf landkreiseigenen Gebäuden bereits Photovoltaik genutzt wird und wo diese noch genutzt werden kann. Geprüft werden soll auch, ob die veränderten Regelungen bei der Eigenstromnutzung Vorteile für den Landkreis bei der Nutzung von Photovoltaik bringen kann.

A: Der Landkreis initiiert in Kooperation mit der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt ein Modellprojekt / Reallabor für autonomes Fahren / autonomer ÖPNV im ländlichen Raum am Standort Geislingen

Das Land Baden-Württemberg hat sich auf den Weg gemacht, einen Forschungsschwerpunkt autonomes Fahren aufzubauen. Dazu wurde bereits ein Testfeld eingerichtet. Das Testfeld verfügt über kartierte Streckenabschnitte mit allen Arten von öffentlichen Straßen. Das Kartenmaterial umfasst insgesamt aktuell 261 km Fahrstreifen, 265 Lichtsignale, 116 Pfosten und 801 Verkehrsschilder. Die Länge annotierter Fahrbahnberandungen umfasst 104 km mit Randsteinen und 271 km mit Fahrbahnmarkierungen. Nutzer des Testfeldes haben die Möglichkeit, Abschnitte der Autobahnen 5 und 6 inklusive Auf- und Abfahrten, Bundesstraßen und Landstraßen sowie innerstädtische Bereiche (Karlsruhe Oststadt, Heilbronn) und ländliche Gegenden (Weiherfeld-Dammerstock) zu nutzen. Das Verkehrsministerium teilt auf seiner Homepage mit (Abruf 4.11.2021):

„Um im Land zielgerichtet vorgehen zu können, haben wir eine Strategie mit anderen Ressorts/Ministerien aufgestellt. Im Strategiedialog Automobilwirtschaft BW (SDA) haben wir im Jahr 2020 dazu ein Empfehlungspapier als Verfeinerung für den Anteil des autonomen ÖPNV aufgestellt. Für den Liefer- und Güterverkehr auf der Straße ist ein Papier in Vorbereitung. Diese Strategiepapiere wollen wir mit anwendungsorientieren Untersuchungen, Projekten und Reallaboren untermauern...“

Die HfWU verfügt am Standort Geislingen über zwei Lehrstühle, die sich schwerpunktmäßig mit Mobilitätsthemen befassen:

Lehrstuhl Sustainable Mobilities (M.Sc.)

Program Director: Prof. Dr. Sven Kesselring

https://www.hfwu.de/studium/studienangebot/sustainable-mobilities/
und
Automobil- und Mobilitätsmanagement (M.Sc.) Leitung: Prof. Dr. Stefan Reindl

https://www.hfwu.de/studium/studienangebot/automotive-management/

Damit besteht am Standort Geislingen das notwendige wissenschaftliche Fundament, um ein Reallabor des Landes ansiedeln zu können. Gepaart mit der vorhandenen Automobilzulieferindustrie und weiterer Kompetenzen am Standort Geislingen und im Landkreis Göppingen sind gute Chancen gegeben, dass sich die Raumschaft erfolgreich im Forschungscluster des Landes positioniert und langfristig zukunftssichere Arbeitsplätze in F & E sowie Produktion geschaffen werden können.

A: Anbindung in den DING verbessern

Die Raumschaft aus dem oberen Filstal fordert zu Recht eine bessere Anbindung in den Verkehrsverbund DING. Wir bitten darum die Gespräche mit dem Ost Alb Kreis erneut aufzunehmen und zu intensivieren um dann über die Ergebnisse zu berichten damit der Kreistag die entsprechenden Maßnahmen einleiten kann.

A: Evaluierung Nahverkehrsplan mit Überprüfung der besseren Anbindung von Industrie- und Gewerbegebieten sowie einer besseren Anbindung in die Nachbarlandkreise und der Busverbindung Deggingen-Schlat

Mit dem neuen Nahverkehrsplan hat der Kreistag Mut bewiesen und ein attraktives Angebot mit echtem Takt für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen. Es ist schade, dass nun die Corona-Krise zu einem deutlichen Rückgang der Fahrgastzahlen geführt hat. Die vorgesehene Evaluierung im Jahr 2021 kann deshalb nur auf eingeschränkt belastbare Zahlen zurückgreifen. Es wäre sicher ein Fehler über die Einschränkung von Angeboten nachzudenken, wenn diese sich noch gar nicht unter Volllast beweisen konnten. Deshalb erneut der Haushaltsantrag aus 2020: Prüfung der Machbarkeit einer Busverbindung zwischen Deggingen und Schlat. Um den Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) weiter im Landkreis zu verankern und um mehr Bürgerinnen und Bürger zum Umstieg zu bewegen soll bei der Evaluierung eine bessere Anbindung großer Gewerbe- und Industriegebiete untersucht werden. Die Schnittstellen in die Nachbarlandkreise z. B. Esslingen und Ost Alb Kreis sind zu überprüfen, Fahrten dorthin müssen ohne Umstiege ermöglicht werden.

Bei der Fortschreibung ist zu prüfen ob ein 30 min. Takt in größeren Kommunen ermöglicht werden kann.

A: Weiterbau B 10

Die Verwaltung wird aufgefordert, den Stand der Planung und die Termine für Bürgerinfo und Bürgergespräche einzufordern. Die Ergebnisse bitten wir im Kreistag vorzustellen.

Die B10 ist die Lebensader des Filstals. Leider stockt der Weiterbau der B10neu zwischen Gingen und Amstetten seit Jahren. Die andauernden Planungsänderungen und die Abstimmungen zwischen den Landes- und Bundesbehörden dauern viel zu lange. Man könnte schon vermuten, der Weiterbau ist nicht mehr gewollt.
Bei der Trassenbegehung des RP mit Vertretern der betroffenen Kommunen und der Bürgerinitiativen im Juli 2021 wurde zugesagt, dass diesen Herbst eine Bürgerinformationsveranstaltung stattfinden soll.
Diese wurde bereits mehrfach zugesagt, diese Zusagen wurden nie eingehalten, wie so vieles. Gleiches gilt für die zugesagte Bürgerbeteiligung.

A: Die Themen „Sport“ und „Digitalisierung“ im zu aktualisierenden Kreis-Entwicklungs-Konzept zu den 12 Schlüsselthemen aufnehmen

Im nach der Klausurtagung des Kreistages zur Überarbeitung anstehenden Kreis-Entwicklungskonzept werden zu den existierenden Schlüsselthemen neben den vorgeschlagenen Zusammenfassungen zwei neue Schwerpunkte gebildet: „Sport“ und „Digitalisierung“

Begründung:

„Sport“: Bisher sind im Entwicklungskonzept wichtige gesellschaftliche Teilbereiche und politische Aufgabenfelder abgebildet. Etwa Kultur, Tourismus, Umwelt oder Gesundheit. Es fällt aber auf, dass die größte soziale Bewegung in unserem Land und auch in unserem Landkreis, sowie das herausragende Aufgabenfeld für sozialen Zusammenhalt, nämlich der Sport, keine Erwähnung findet. Dies sollte im Verfahren der Überarbeitung berücksichtigt werden.

„Digitalisierung“ ist das Zukunftsthema, deshalb sollte dies als weiteres wichtiges Schlüsselthema aufgenommen werden.